



7. – 11. Juni 2021
Juso-Hochschulgruppe
Liste D

Uni neu starten.

#umineustarten

 [jusohsg.muenster](https://www.facebook.com/jusohsg.muenster)

  [jusohsg_ms](https://www.instagram.com/jusohsg_ms)

 jusohsg@uni-muenster.de

Inhalt

Girl Gangs statt Männerbünde!	3
Wessen Bildung ist die Bildung?	6
Change the cistem. Not the people.	9
No border. No nation. Free education.	11
Gemeinsam. Gegenhalten.	13
Nachhaltigkeit	15
Inklusion und Behindertenrechte	17
Lehramtsstudium verbessern!	19
Wissenschaftsfreiheit verteidigen!	20

Girl Gangs statt Männerbünde!

Im 21. Jahrhundert sind Frauen, inter- sowie nicht-binäre und trans* Menschen immer noch in den meisten Lebensbereichen diskriminiert. Dies ist auch an der Uni Münster der Fall. Ob Studieren mit Kind, Repräsentanz von FINT* Personen in der Wissenschaft oder Sexismus im Uni-Alltag: Die Arbeit ist noch lange nicht getan!

Studierende mit Kind unterstützen – auch in der Pandemie!

Bereits vor der Corona-Pandemie war ein Studium und die Kinderbetreuung nur schwer vereinbar. Die Pandemie zwingt nicht wenige ihr Studium zu pausieren oder dermaßen zu reduzieren, dass eine Kinderbetreuung und -erziehung möglich ist. Die Dringlichkeit der Bereitstellung ausreichender und kostenloser Kinderbetreuungsangebote, sowie Kindertagesstätten des Studierendenwerks wird hierdurch erneut unterstrichen.

Wir haben uns erfolgreich für die Erweiterung des Studi.Kidz-Zuschusses zum Vollzuschuss eingesetzt. Doch Geld allein ist langfristig keine Lösung: Studierenden, die in der Corona-Pandemie ihr Studium zur Kinderbetreuung unterbrechen mussten, muss ein schneller Wiedereinstieg ermöglicht werden!

Frauen* in der Lehre stärker berücksichtigen

Forschung und Lehre mangelt es an weiblichen Perspektiven. In Literaturlisten sucht man oft vergeblich nach weiblichen Autorinnen. Die Errungenschaften weiblicher Wissenschaftlerinnen sind insbesondere in den Naturwissenschaften heute noch größtenteils unsichtbar. Das muss sich ändern! Lehrmaterialien und Lektürelisten müssen auf ihre Geschlechterdiversität hin verändert werden. Das heißt auch, Perspektiven von FINT*-Personen, die sich außerhalb eines binären Geschlechtersystems bewegen, Raum zu geben. Wir möchten ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Bedeutung der Vielfalt der Geschlechter in Forschung und Lehre fördern.

Sexismus in der Lehre thematisieren und bekämpfen

Ein vermeintlich locker daher gesagter Spruch eines Profs, der nichts weiter als Sexismus ist. Fallbeispiele in Jura, in denen Frauen, inter- oder nicht-binäre und trans* Menschen nicht vorkommen und wenn doch, dann als Sekretärinnen, Ehefrauen und Haushälterinnen. Für uns ist klar: Sexismus, Frauen*- und Queerfeindlichkeit dürfen im Hörsaal keinen Platz haben. Dafür braucht es eine Reflexion aller über ihr eigenes Verhalten und ein entschlossenes Eintreten gegen Sexismus.

Geschlechterverhältnis der Lehrenden ausgleichen

Noch immer beträgt der Anteil der weiblichen Professorinnen an unserer Universität gerade einmal rund 25 Prozent. Verkrustete Strukturen sorgen dafür, dass der Anteil von Frauen* in der Wissenschaft mit fortschreitender Karriere abnimmt. Diese Ungerechtigkeit droht, sich durch die Corona-Krise weiter zu manifestieren. Wenn wir diese Strukturen aufbrechen möchten, müssen wir das Geschlechterverhältnis schon bei der Einstellung berücksichtigen. Die Hälfte der Einstellungen sollte daher in allen Bereichen der

Wissenschaft mit FINT*-Personen erfolgen. Solange das Geschlechterverhältnis nicht ausgeglichen ist, sollen ausschließlich weibliche bzw. nicht-männliche Personen eingestellt werden.

Mentoring–Programme: Frauen* für Frauen* in der Wissenschaft

Wir möchten das Geschlechterverhältnis in allen Bereichen der Wissenschaft bei der Einstellung berücksichtigen. Gleichzeitig glauben wir auch an gegenseitiges Empowerment und an die gezielten Förderung von Frauen* durch Frauen*. So stärken wir Frauen* in der Wissenschaft. Wir möchten deshalb Mentoring-Programme zur Vernetzung etablieren. Die Unterstützung von Frauen* in der Wissenschaft trägt dazu bei, mehr Frauen* für eine Karriere in der Wissenschaft zu begeistern.

Menstruationsprodukte kostenlos zur Verfügung stellen

Die Menstruation gehört für viele Menschen zum Alltag. Es ist antiquiert, dass das Thema immer noch mit Scham behaftet und stigmatisiert ist. Die Menstruation sollte so selbstverständlich thematisiert werden, wie sie seit Jahrtausenden die Lebensrealität menstruierender Personen ist. Neben dem Stigma gilt es auch finanzielle Ungleichheiten zu brechen. Nach aktuellen Berechnungen zahlt eine menstruierende Person in ihrem Leben ca. 20.000€ für Menstruations- und Hygieneprodukte. Die Universität und das Studierendenwerk sollten folglich in allen zur Hochschule gehörenden Einrichtungen kostenfrei Hygieneprodukte und Verhütungsmittel bereitstellen. Der AStA tut das bereits und geht mit gutem Beispiel voran.

Kein Raum für Antifeminismus in der Lehre.

Mit der Professur Paul Cullens, welcher an der medizinischen Fakultät lehrt und vor allem dafür bekannt ist, bekennender "Lebensschützer"- besser gesagt radikaler Abtreibungsgegner- zu sein, verfehlte die Universität, ein klares Zeichen gegen Antifeminismus zu setzen. Stattdessen bekommen sowohl Cullen als auch die Uni Applaus vom rechten Rand und lassen sich von AfD Politiker*innen feiern.¹ Für uns ist klar: Antifeminismus hat keinen Platz in der Lehre und wer von Rechtsextremen Lob kassiert, macht eindeutig etwas falsch.

Das Patriarchat in der Forschung überwinden

Frauen, intersexuelle, nicht-binäre und trans Personen leiden unter der männlich geprägten Forschung. Angefangen bei Verhütungsmitteln und der Pille für Männer, deren Erforschung durch kapitalistische und patriarchale Verhältnisse auf sich warten lässt, gefolgt von Reproduktionsfragen und der fehlenden Möglichkeiten der Eizellenspende und Leihmutterschaft bis hin zu Symptomen und Folgen von Herzinfarkten: Viele aktuelle Wissensstände beruhen auf männlich dominierter Forschung. Dies fördert geschlechtsspezifische Ungleichheiten und kann in bestimmten Fällen tödlich enden.² Wir fordern daher, dass Forschung an der Uni Münster und allgemein immer feministisch sein muss und nicht getrennt von patriarchalen Strukturen in der Gesellschaft gedacht werden darf. Nur so können patriarchale Realitäten bekämpft werden.

1 <https://www.freiewelt.net/blog/politische-instrumentalisierung-des-verfassungsschutzes-10084116/>

2 <https://www.herzstiftung.de/infos-zu-herzerkrankungen/herzinfarkt/anzeichen/herzinfarkt-frauen-symptome>

Keine neuen Benachteiligungen in der Corona-Krise

Krisen fördern Ungleichheit und bedrohliche Verhältnisse wie sexualisierte und häusliche Gewalt. Deshalb trifft die Corona-Pandemie vor allem Frauen*, Mädchen und queere Menschen. Frauen* wurden in der Krise in stereotype Rollen zurückgedrängt und arbeiten eher in Bereichen, in denen sie einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Sie sind nicht nur unmittelbar in der Pandemie Leidtragende, sondern auch bei den Folgen einer solchen Krise. Wir möchten, dass die Universität diesen Benachteiligungen entschieden entgegentritt.

Wessen Bildung ist die Bildung?

Es wird viel geredet vom Recht auf Bildung, Chancen- und Bildungsgerechtigkeit. Doch wer packt es an? Viele Politiker*innen auf Bundes- und Landesebene scheinen Studierende im letzten Jahr vollkommen vergessen zu haben. Deshalb organisieren wir basisdemokratisch Studierende, um für das Recht auf Bildung, bezahlbaren Wohnraum und ein existenzsicherndes BAföG für alle zu kämpfen. Wir lassen nicht zu, dass Studierende aus Arbeiter*innenfamilien, mit Migrationsvorgeschichte oder mit mentaler oder körperlicher Beeinträchtigung in der Pandemie zurückgelassen werden!

Alle haben ein Recht auf Bildung

Wir bieten im AStA Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung für Arbeiter*innenkinder und Kinder mit Migrationsvorgeschichte an, um ihnen den Start ins Studium zu erleichtern. Das Sozialdarlehen des AStA wurde dieses Jahr von uns erhöht. Um gegen Chancenungleichheiten anzukämpfen, wollen wir die Beratung für Arbeiter*innenkinder ausbauen und mehr Menschen aus Nichtakademiker*innenfamilien bei der Aufnahme eines Studiums begleiten. Unsere Solidarität gilt Arbeiter*innenkindern, Studierenden ohne akademischen Hintergrund und Studierenden mit Migrationsvorgeschichte.

Praxisphasen im Studium einheitlich und fair entlohnen

Wir fordern eine einheitliche und faire Mindestvergütung von Pflicht-Praktika im Studium. Für Studierende sind lange niedrig oder gar unbezahlte Praxisphasen eine große finanzielle Hürde. Insbesondere gilt das für das Praktische Jahr der Medizin oder das Praxissemester in den Lehramtsstudiengängen. Finanziell schlechter gestellte Studierende werden benachteiligt. Jobben in den Praxisphasen ist oft nicht möglich.

BAföG zukunftsfest machen!

Viele Studierende leben finanziell prekär, nicht nur in der Corona-Krise. Der Grund: Nur noch etwa jede*r zehnte empfängt BAföG. Auch wer nicht BAföG-berechtigt ist, hat nicht direkt finanziell vorgesorgt. Die Unterstützung durch Eltern ist oft nicht möglich, deshalb verdienen sich viele ihren Lebensunterhalt durch einen Nebenjob - oder verschulden sich. Diese Nebenjobs sind aufgrund der Pandemie reihenweise weggefallen. Die Nothilfen des Bundesbildungsministeriums sind noch immer total unzureichend. Für uns folgt daraus: Das BAföG muss grundlegend reformiert werden. Ein alters- und elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss, welches den realen Bedarfen Studierender angemessen ist - das ist unser Ziel. Darin müssen auch endlich die Beschaffungskosten für digitale Endgeräte, ohne die die Teilhabe an der Online-Lehre nicht möglich ist, im Rahmen einer Digitalpauschale enthalten sein. Der BAföG-Antrag bedeutet in Münster: Ein bürokratischer Hürdenlauf. Fast alle hatten schon mal Probleme mit dem BAföG-Amt. Die willkürlichen und oft fehlerhaften BAföG-Bescheide müssen ein Ende haben. Längere Öffnungszeiten des Amtes zum Semesterstart und kürzere Bearbeitungszeiten sind unerlässlich. Auch deshalb setzten wir uns dafür ein, dass das BAföG endlich eltern- und altersunabhängig gezahlt wird, um Bürokratie abzubauen und so mehr

Menschen Zugang und bessere Möglichkeiten zum Studieren zu geben.

Mitsprache im BAföG-Amt

Das Amt für Ausbildungsförderung, an das alle BAföG-Anträge in Münster gehen, ist der Inbegriff der Service-Wüste. Die Navigation durch die Dünen der Bürokratie ist schwierig und nervenaufreibend. Da wir mit fast einem Drittel unseres Semesterbeitrags das Studierendenwerk unterstützen, erwarten wir, dass das Amt unsere Interessen würdigt.. Wir brauchen eine*n studentische*n Vertreter*in, die die Studierenden gegenüber der Leitung des Amtes vertritt. Diese Person soll sich für eine schnellere Bearbeitung der Anträge und einen besseren Service einsetzen. Durch die Einsetzung eines BAföG-Arbeitskreises haben die Münsteraner Studierendenschaften gezeigt, dass sie zur konstruktiven Mitarbeit bereit sind. Jetzt müssen die selbsternannten Hüter*innen des Kapitals im BAföG-Amt endlich im Sinne der Studierenden arbeiten.

Die Digitalisierung als gerechte Bildungsrevolution: Blended Learning und Open Content

Während des Corona-Semesters haben wir gemerkt: Die digitale Lehre ist wichtig – aber sie ist nicht alles. Sie muss richtig angewendet werden und ist kein Ersatz für alltägliche Begegnung und Austausch. Unsere Arbeit für die digitale Bildung zahlte sich aus, aber technisch hakt es an vielen Stellen. Wir brauchen flächendeckende Vorlesungsaufzeichnungen, die den Studienalltag flexibler machen.

Gleichzeitig ist es nötig, die digitale Lehre zu verbessern. Lehr- und Lernplattformen müssen fachbereichsübergreifend standardisiert und modernisiert werden. Kombinationen von digitaler und analoger Lehre sind dabei die Zukunft. Die Ergebnisse von Forschung und Lehre dürfen dabei nicht den Meistbietenden zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen eine dem Gemeinnutz verpflichtete Lehre und Wissenschaft, die für alle offen steht.

Ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum

Münster ist eine coole Studi-Stadt. Aber Münster hat ein großes Problem: Es gibt nicht genug bezahlbaren Wohnraum. Den braucht es aber, um allen Studierenden, die hier studieren möchten, auch das Leben in Münster zu ermöglichen. Wir brauchen eine groß angelegte Offensive bei der Schaffung neuer Studiwohnheim-Plätze und anderem bezahlbaren Wohnraum, denn mit dem Beginn der Präsenzlehre nach Corona muss der große Zuzug an Studierenden auf dem Wohnungsmarkt abgefangen werden. Dafür sollen Flächen und Räume genutzt werden, die momentan leer stehen, anstatt weiter Büros und Verwaltung in bestehende Gebäude zu setzen. Um das anzupacken, muss massiv investiert werden. Das Studierendenwerk braucht dringend mehr Geld von Land und Bund! Es darf nicht sein, dass die Finanzierung des Studi-Werks den Semesterbeitrag immer weiter in die Höhe treibt. Da wo die Stadt Entscheidungen trifft, was das Wohnen in Münster betrifft, muss sie auch ein Ohr für die Belange von uns Studierenden haben. Hier fordern wir mehr Mitbestimmung ein!

Faire Löhne für studentische Hilfskräfte!

Wir haben vor fünf Jahren die SHK-Vertretung eingesetzt. Das war ein erster großer Schritt! Damit ist es aber nicht getan: Deren gewählte Vertreter*innen brauchen mehr Einflussmöglichkeiten, um für gute Arbeit einzustehen In Uni-Gremien, wie den Fachbereichsräten, dem Senat und gegenüber dem

Rektorat. Die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten müssen sich verbessern: Eine dauerhafte Erreichbarkeit am Wochenende oder in den Abendstunden nehmen wir nicht hin. Wir brauchen feste und geregelte Arbeitszeiten für alle SHKs und SHBs an der Uni. SHKs und SHBs werden mit ihrem geringen Gehalt nicht für einen Bereitschaftsdienst auf Abruf bezahlt, sondern brauchen Planbarkeit für Lernzeiten und den Feierabend. In der Klausurenphase muss es möglich sein, unentgeltlich freigestellt zu werden, ohne direkt kündigen zu müssen. Natürlich brauchen wir auch eine höhere Entlohnung der SHKs und SHBs. Kettenbefristungen von SHK und SHB-Verträgen an der Uni müssen wir einen Riegel vorschieben. Dazu braucht es endlich einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

Solidarische Hilfe statt fauler Kredite

Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas Unzulänglichkeiten bei der bestehenden Studienfinanzierung aufgezeigt: Viele Studierende verloren ihre Jobs – zum Beispiel in der Gastronomie. Sie standen vor der Wahl, sich zu verschulden oder ihr Studium abzubrechen. Die Antwort von Bildungsministerin Karliczek: Dann sollen sie doch Spargel stechen! Ein schlechter Scherz. Bis das Ministerium von Krediten hin zu Nothilfe-Zuschüssen umschwenkte, haben wir in Münster mit der Universität zusammen mit mehreren Hunderttausend Euro einen Corona-Notfonds aufgesetzt, aus dem Studierende Zuschüsse erhalten. Außerdem haben wir im AStA einen Laptop-Verleih eingerichtet. Währenddessen ließ das Karliczek-Ministerium etwa 800 Millionen Euro aus dem BAföG-Topf ungenutzt. Wir fordern, das BAföG für alle zu öffnen und Gelder für eine gute technische Ausrüstung für alle Studis bereitzustellen.

In Münster haben Studierende jetzt schon zum dritten Mal Semesterbeiträge von über 300€ entrichtet. Und das, obwohl viele Angebote, die mit diesen Beiträgen finanziert werden, nicht oder nicht im gewohnten Maße genutzt werden können - etwa die Mensen oder das Semesterticket. Die Semesterbeiträge sind eine wichtige Stütze zur solidarischen Finanzierung studentischen Lebens. Es ist wichtig, dass sie weiterhin an die Stellen fließen, die sie benötigen. Sie stellen jedoch jedes Mal einen großen finanziellen Aufwand für die einzelnen Studierenden dar. Und das ist Zeiten, wo das Geld ohnehin knapp ist. Deswegen fordern wir, dass der Bund einspringt und uns unsere Semesterbeiträge aus einem Solidaritäts-Fonds heraus zurückerstattet.

Keine Studienzeitverlängerung durch Corona

Wer wegen Corona bestimmte Prüfungen oder Praktika nicht absolvieren konnte, darf keinen Nachteil bei der Studienzeit haben. Gerade bei qualifizierenden Pflichtveranstaltungen, die nur alle zwei Semester stattfinden, ist das ein Problem. Die Uni ist in der Pflicht, Prüfungsordnungen flexibler zu gestalten. Auch für die Zeit nach der Pandemie fordern wir Regelungen, die ein selbstbestimmtes Studium ermöglichen, wie zum Beispiel unbegrenzte Prüfungsversuche und flexible An- und Abmeldefristen. Wir brauchen Ersatz- oder Nachholkurse, um allen Studierenden einen planbaren und verzögerungsfreien Studienabschluss zu ermöglichen. Prüfungen müssen digital angeboten werden. Dabei ist die Uni in der Pflicht, die nötige Infrastruktur für Studierende bereitzustellen. Grundsätzlich gilt auch: Die Kommunikation der Uni zu aktuellen Regelungen muss sich bessern!

Change the system. Not the people.

Love is Love! Wir als Juso-HSG setzen uns für Sichtbarkeit queeren Lebens in allen universitären Bereichen ein. Das heißt für uns, Diskriminierung entgegenzutreten und den Kampf für Gleichberechtigung zu unterstützen. Be proud to be yourself, we'll support you!

Autonome Referate stärken

Das autonome Schwulenreferat und das autonome Lesbenreferat leisten einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit und Akzeptanz queeren Lebens an der Uni. Sie sind absolut notwendig und unterstützenswert und haben unsere volle Solidarität.

Uni in die Pflicht

Eine moderne und offene Hochschule sollte sich über Stereotype, diskriminierende Sprache und Verhalten hinwegsetzen und alle Statusgruppen unterstützen. Eine respektvolle und korrekte Ansprache, Unterstützung von Sichtbarkeit und das Ernstnehmen der diversen Probleme, mit denen sich insbesondere Frauen, Inter-, nicht binäre und trans*- Personen täglich auseinandersetzen – all das gehört dazu. Wir nehmen die Uni in die Pflicht, sich allen Statusgruppen gegenüber offen zu zeigen!

Blutspendeverbot abschaffen

Trotz Engpässen bei der Blutspende, dürfen homo- und bisexuelle Männer in Deutschland kein Blut spenden. Diese Regelung ist antiquiert und diskriminierend! Daher fordern wir am in Deutschland und damit auch am UKM die Aufhebung des Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer!

Die Lehre muss bunt werden

Die meisten Texte, Thesen und Theorien, die im universitären Rahmen behandelt werden, spiegeln keineswegs unsere gesellschaftliche Vielfalt, und Realität wieder. Queere Autor*innen und Wissenschaftler*innen sollten in Seminaren und Vorlesungen vorkommen und behandelt werden. Die Sichtbarkeit von Perspektiven, die nicht in das heteronormative und genderbinäre Weltbild unserer Mehrheitsgesellschaft hinein passen zu scheinen, stärkt die Akzeptanz dieser und gibt auch marginalisierten Gruppen eine Stimme. Auch müssen wir Genderstudies stärken, die ein wertvolles wissenschaftliches Fundament bieten.

Lehramtsstudierende im Umgang mit LGBTQIA+ Personen sensibilisieren

Insbesondere junge Menschen sind mit der gesellschaftlichen Heteronormativität konfrontiert. Es fehlt an queeren Vorbildern, Aufklärung über queeren Sex und Safer Spaces. Geschlecht und Sexualität wird meist binär und heterosexuell gedacht, wodurch LGBTQIA+ Personen mit vielen Herausforderungen und

Diskriminierungen konfrontiert sind. Umso wichtiger ist es, bereits an der Uni zukünftige Lehrer*innen im Umgang mit LGBTQIA+ Personen zu sensibilisieren. Wir fordern Seminare, in denen über queere Themen aufgeklärt wird, sodass wir langfristig den in der Schule stattfindenden biologistischen, binären und heteronormativen Alltag und Aufklärungsunterricht überwinden können.

Mit Stigmen brechen

HIV und AIDS sind wichtige Themen, die über den Horizont der LGBTQIA+-Community diskutiert werden müssen. Wir müssen das Stigma brechen und Informationsveranstaltungen zu HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten anbieten. So dämonisieren wir Betroffene nicht weiter und klären Studierende ausreichend auf.

No border. No nation. Free education.

Our university often boasts about its international exchanges. But we can do more. For instance, we need to expand affordable housing and want to guarantee a place to live for each international student. Likewise, we have to make application procedures and the approval of previous studies at foreign universities less bureaucratic.

Alle Menschen an die Uni

Wir fordern eine bessere Anrechenbarkeit von Leistungen und ausländischen Abschlüssen. Hierfür soll die Uni nicht nur streng nach den Empfehlungen der DAAD-Zulassungsdatenbank entscheiden. Wir fordern die Zulassungsquote von ausländischen Staatsangehörigen oder Staatenlosen, die nicht deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind, zu erhöhen.

Keine Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen

Wir stellen uns entschieden gegen die Idee, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen einzuführen. Wir kämpfen für internationale Hochschulen und gebührenfreie Bildung für alle. Der Unterfinanzierung der Hochschulen muss durch erhöhte Landesmittel begegnet werden. Die Hochschulen dürfen auf keinen Fall Gebühren von den Studierenden einziehen.

Ein Wohnheimplatz für alle ausländischen Studis

Für ausländische Studierende ist die Wohnungssuche schwieriger als für Studierende aus Deutschland. Sie haben oftmals fehlende Sprachkenntnisse und kaum finanzielle Mittel. Vermieter*innen begegnen ihnen nicht selten mit Ressentiments. Daher fordern wir, dass allen ausländischen Studierenden Wohnheimplätze des Studierendenwerkes in Münster garantiert und bereitgestellt werden.

Kostenlose Deutschkurse an der Uni

Bisher müssen Studierende für Deutschkurse an der Universität mit 500€ in Vorleistung treten, die sie erst nach dem Kurs und nur bei Bestehen erstattet bekommen. Wir brauchen aber von Anfang an kostenfreie Deutschkurse an der Uni. Der Besuch dieser universitären Deutschkurse sollte für alle studieninteressierten Ausländer*innen möglich sein – nicht erst ab dem Sprachlevel B1!

BAföG für alle

Wir fordern, dass das BAföG für alle Studierende gleich berechnet wird. Der Zugang zum BAföG muss für ausländische Studierende einfacher werden. Auf Bundesebene wurde vor kurzem beschlossen, die zum Erhalt von BAföG nötige Aufenthaltsdauer von 4 Jahren auf 15 Monate zu reduzieren. Damit sind wir nicht zufrieden und nutzen unsere Einflussmöglichkeiten, um eine vollständige Aufhebung der Mindestaufenthaltsdauer zu erreichen.

Ein Erasmus–Semester für alle Studierenden

Wir fordern eine weltweite Öffnung und eine bessere Ausfinanzierung des ERASMUS+ Programms. Darüber hinaus fordern wir ein Recht auf ein Erasmussemester für alle Studis! Desweiteren sollen alle Studis, deren Erasmussemester auf Grund der Corona-Pandemie entfällt, einen zusätzlichen Erasmusplatz in den nächsten Semestern bekommen. Diese zusätzlichen Erasmusplätze dürfen nicht in der Erasmusplatzzahl der Folgesemester angerechnet werden. Sie sollen vielmehr aus den in den Corona-Semestern frei gewordenen Erasmusmitteln finanziert werden.

Die internationale Vernetzung von Universitäten möchten wir fördern, zum Beispiel im Netzwerk der European Universities Alliance. Bei der Ausgestaltung europäischer Hochschulen stehen wir für demokratische Mitbestimmung, einen Zugang für alle und den Abbau finanzieller Hürden.

Trotz alledem: Austausch mit dem Vereinigten Königreich weiter ermöglichen

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wurde auch der Hochschulzugang für internationale Studierende in beide Richtungen erschwert. Britische Universitäten sind kein Teil des ERASMUS+ Programms mehr. Es darf nicht zu einem weiteren nationalistischen Rollback kommen. Deshalb möchten wir auf überregionaler und internationaler Ebene Druck machen, weiter einen Studierendenaustausch mit Großbritannien zu ermöglichen. Das darf nicht nur für die möglich sein, die sich die Kosten für Studiengebühren und die Visa leisten können.

Aufnahme von Geflüchteten und Hochschulzugang

Wir müssen Geflüchteten helfen. Die Zustände an den europäischen Außengrenzen sind inhuman. Anstatt vor Rechten zu kuschen, müssen Bundesregierung und EU Geflüchteten in Europa einen sicheren Hafen bieten. Hier bei uns in Münster verfolgen wir die Idee einer offenen Uni: Der Staat und die Universitäten dürfen Geflüchteten das Recht auf Bildung nicht vorenthalten. Das ist leider derzeit noch anders: Geflüchtete können sich schwer am universitären Alltag beteiligen und nicht einmal als Gasthörer*innen Vorlesungen besuchen. Kurzfristig wollen wir daher erreichen, dass sich Geflüchtete unbürokratisch und kostenlos als Gasthörer*innen registrieren können. Das Land Nordrhein-Westfalen überlässt den Hochschulen dabei freie Hand, ob sie dies Geflüchteten ermöglichen. Die Universität Münster hat sich bisher noch nicht dazu durchringen können – anders als beispielsweise die Uni Bochum. Der Gasthörer*innenstatus ist aber kein Ersatz für ein vollwertiges Studium!

Internationale Studis während Corona

Die Belange internationaler Studierenden dürfen trotz Covid-19 nicht in Vergessenheit geraten. Sie brauchen vor allem Planungssicherheit. Studierende, die während der Pandemie Münster verlassen haben, sollten das Recht haben, zurückzukommen, um an Präsenzlehre teilnehmen zu können. Darüber hinaus ist die aktuelle Situation für internationale Erstis sehr herausfordernd, weshalb es wichtiger denn je zuvor ist, den Start in das Studium durch gesicherten Wohnraum, finanzielle Entlastung und gute Beratung zu erleichtern.

Gemeinsam. Gegenhalten.

Normalität 2021: Auf Demonstrationen wehen unzählige Reichskriegsflaggen. Menschen sterben durch die Hand rechter Attentäter. Struktureller Rassismus und Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden machen es unmöglich, diese Bedrohung zu erkennen und zu bekämpfen. Verschwörungsideolog*innen verbreiten ungehemmt ihren Antisemitismus. Diese Normalität können und dürfen wir niemals hinnehmen. Wir stehen für einen klaren Antifaschismus!

Burschenschaften und Verbindungen

Auch in Münster gibt es etablierte reaktionäre und extrem rechte Strukturen, deren akademischen Arm die Burschenschaften darstellen. Diese pflegen gute Verbindungen in die rechtsextreme Szene, zur Identitären Bewegung und zur Jungen Alternative. Burschenschaften und Verbindungen sind nationalistische und elitäre Männerbünde, die hinter verschlossenen Türen auf ihr ultrakonservatives, sexistisches und queerfeindliches Weltbild anstoßen. Sie gehören ins 19. Jahrhundert und nicht an eine moderne Universität – sie gilt es zu bekämpfen! Dass Burschenschaften Teil der Matrikel sind und somit auch Räumlichkeiten der Uni für ihre rechtsextreme Hetze nutzen könnten, ist für uns nicht akzeptabel.

Ein moderner Name für unsere Uni

Wusstest Du schon? Unsere Uni trägt seit 1907 den Namen eines Monarchen, Antisemiten und Rassisten: Kaiser Wilhelm II. Schon lange fragen wir uns, was der Treiber des Ersten Weltkriegs noch mit einer modernen Hochschule zu tun hat. Die Universität hat nun einen Prozess der kritischen Auseinandersetzung begonnen, betreibt diesen allerdings nur halbherzig. Diese Bequemlichkeit nehmen wir nicht hin! Wir werden der Universitätsleitung weiterhin genau auf die Finger schauen, wenn es für sie darum geht, eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit dem Namensgeber unserer Uni voranzutreiben. Daneben möchten wir auch selbst mit Bildungsangeboten und Diskussionsrunden an diesem Prozess teilnehmen und ihn auf studentischer Seite voranbringen. Für uns bleibt klar: Am Ende dieses Prozesses sollte ein neuer Name für unsere Uni stehen.

Menschenfeindlichkeit in der Lehre bekämpfen

Wir beobachten immer wieder, dass sich Dozierende in ihren Vorlesungen sexistisch, ableistisch, antisemitisch und rassistisch äußern und sogar in der Öffentlichkeit diskriminierende Hetze verbreiten – das hat mit Wissenschaftsfreiheit nichts zu tun. Es beschädigt nicht nur das Ansehen der Universität, sondern verletzt aktiv marginalisierte Personen und trägt zu einem Klima des Hasses und der Bedrohung bei. Für solche Fälle brauchen wir eine anonyme Beschwerdestelle für Diskriminierung. Außerdem werden wir als Hochschulgruppe gemeinsam mit unseren Mitstreiter*innen weiterhin auf diese Fälle aufmerksam machen und unsere Stimme in den Gremien der Studierendenschaft dafür nutzen, deutliche Konsequenzen fordern – wie etwa im Falle des Medizin-Dozenten Dr. Cullen.

Empowerment diskriminierter Personen fördern

Unser Streben danach, alle Formen von Diskriminierung abzuschaffen, bedeutet auch, benachteiligte Statusgruppen an der Uni zu unterstützen. So haben wir uns in der Vergangenheit für die Schaffung eines autonomen AStA-Referats für People of Color an der Uni Münster eingesetzt. Mit dem Referat für BIPOC¹ haben Studierende der Statusgruppe eine Anlaufstelle an der Uni, welche diese bei Fragen und Problemen beraten und helfen kann. Wir wollen das Referat weiterhin unterstützen, indem wir die antirassistische Arbeit des AStA fortsetzen, und gemeinsam mit allen von Rassismus Betroffenen ausbauen. So soll das erfolgreiche Festival contre le racisme weitergeführt werden.

Corona-Verschwörungen

Wenn in deutschen Innenstädten und auf den Treppen des Reichstags wieder Reichsflaggen wehen, wenn Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Politiker*innen bedroht werden, weil sie ihre Arbeit machen, wenn von Diktatur und Weltverschwörung schwadroniert wird und menschenverachtendes Gedankengut aus Eugenik und Euthanasie wieder sagbar werden, dann muss uns das alle alarmieren. Corona-Leugner*innen greifen mit ihrer Verschwörungsideologie unsere Demokratie an. Und sie organisieren sich auch im studentischen Umfeld. Dem stellen wir uns mit aller Macht entgegen. Doch es braucht mehr als klare Kante. Um Verschwörungsideologien und Wissenschaftsfeindlichkeit vorzubeugen braucht es ein klares Bekenntnis zu wissenschaftlichen Standards und eine Stärkung der Wissenschaftskommunikation. Gleichzeitig muss der Rechtsstaat sich Querdenker*innen entgegenstellen. Ihre politische Straftaten müssen benannt und geahndet werden, die Anbiederung von Politiker*innen an die Querdenker*innen lehnen wir ab. Für uns gilt: Kein Fußbreit!

Gegen jeden Antisemitismus.

Antisemitismus ist kein neues Phänomen, sondern deutsche Kontinuität und äußert sich in verschiedenen Formen in allen politischen Spektren.

Wir stehen entschieden gegen jeden Antisemitismus.

In Münster sind wir aktuell mit einem aggressiven israelbezogenen Antisemitismus konfrontiert. Diesem stellen wir uns entgegen. Für uns steht fest: Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Wer dies leugnet hat an unserer Hochschule keinen Platz, genauso wenig wie der kulturelle, wirtschaftliche und akademische Boykott Israels. Wir stehen weiterhin für einen Ausschluss von Vertreter*innen der BDS-Kampagne und antisemitischen Gruppen von studentischen Geldern.

Wir wollen Aufklärung über Antisemitismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen stärken. Deshalb müssen alle Antidiskriminierungsstellen der Uni auch sensibel für Antisemitismus sein. Wir streiten für ein studentisches Umfeld, in dem sich Jüd*innen sicher fühlen. In unserem Kampf gegen Antisemitismus berufen wir uns auf die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance.

1 Black, Indigenous and People of Color

Nachhaltigkeit

Extremwetter-Ereignisse, Dürren, eine globale Pandemie: Die Klimakrise und ihre Auswirkungen sind längst schon in unserem Alltag angekommen. Doch noch immer fühlen sich viel zu wenige Akteur*innen in der Verantwortung zu handeln. Stattdessen halten sich Klimawandelleugner*innen und Ewig-Gestrige hartnäckig im Diskurs. Umso wichtiger ist es, sich auch an der Uni für eine klimagerechte und ökologische Politik einzusetzen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine gerechte Klimapolitik, die eine Veränderung des wirtschaftlichen Systems und nicht des individuellen Lebensstils in den Vordergrund stellt. Mit dem neuen Ratsbündnis aus Grünen, SPD und Volt haben wir auf städtischer Ebene hier nun endlich Partner*innen, die diese Themen ernst nehmen. Das wollen wir in Zukunft nutzen, um studentische Perspektiven auch in die städtischen Belange einzubringen.

Eines muss klar sein: Ein nachhaltiger Lebensstil darf keine Frage des Geldbeutels sein. Und Klimapolitik darf keine Symbolpolitik sein. Climate Justice is Social Justice!

Gebäude und Infrastruktur

Was ist die Uni? Die Uni ist grau! Das müssen wir ändern – zum Beispiel durch eine stärkere Begrünung der Gebäude und Solaranlagen auf den Dächern. Wir unterstützen über den AStA studentische Grünflächenprojekte und Initiativen wie den studentischen Garten und setzen uns für mehr Hochbeete, Vogeltränken im Sommer und Bee Stops ein.

Die Gebäude sollen nicht nur von außen nachhaltig aussehen, sondern auch von innen nachhaltig genutzt werden. Hierfür fordern wir ein flexibleres Raumvergabesystem – zum Beispiel für spontane Veranstaltungen. Lerngruppen sollen Räume schnell und flexibel nutzen können. Die Beheizung und Beleuchtung muss besser geregelt werden, damit nicht unnötig Energie verschwendet wird.

Öffentlicher Personennahverkehr und Mobilität

Du gehst unter der Woche aus und musst früh los, weil sonst keine Busse mehr fahren. An der Mensa am Aasee kippt dein Fahrrad um, weil es nicht genügend Stellplätze gibt und die darauffolgende Reparatur ist unbezahlbar. Alle wissen, dass es im Bereich der Mobilität viel zu tun gibt. Im AStA setzen wir uns deshalb nicht nur für mehr Nachtbusse ein. Wir haben das Semesterticket neu verhandelt und dadurch eine flexiblere Fahrrad- und Personen-Mitnahme sowie Stichstrecken in angrenzende Bundesländer erreicht. Wir fordern eine Finanzierung des Semestertickets durch die öffentliche Hand, was Studierende um fast 200 Euro pro Semester entlasten würde. Unser langfristiges Ziel bleibt ein bundesweit für Studierende kostenfreier ÖPNV.

In Münster brauchen wir eine nachhaltigere Fahrradkultur. Dazu möchten wir mit lokalen Fahrradwerkstätten besondere Konditionen für Studierende aushandeln und nicht-kommerzielle Angebote organisieren. Am AStA wollen wir einen regelmäßigen Fahrradflohmärkte etablieren. Fahrradfahren muss stressfrei werden. Deshalb brauchen wir Stellplätze, Fahrradstraßen, und strengere Parkverbote auf Fahrradwegen und sowie eine intelligente Vernetzung wichtiger Verkehrsknotenpunkte.

Ernährung und Mensaangebot

Jede*r weiß mittlerweile: Fleisch und seine internationale Produktion ist ein riesiger Faktor für CO2-Emissionen und muss daher reduziert werden. Aber nicht einzelne Konsument*innen dürfen verantwortlich gemacht werden, sondern das System der kapitalistischen Fleischproduktion. Der Kampf gegen dieses System fängt vor Ort bei unseren Mensen an. Die Übervorteilung von Fleischgerichten muss enden, wir brauchen mehr und attraktivere vegane und vegetarische Menüs. Der regionale Bezug der Mensa-Speisen sollte gestärkt werden. Die Theken müssen günstiger werden und pro Tag sollte nicht mehr als ein fleischhaltiges Gericht angeboten werden. Außerdem fordern wir die Einführung mindestens eines gänzlich fleischoffenen Tags in allen Mensen. Unser langfristiges Ziel ist die Etablierung fleischoffener Mensen. Dazu muss das Studierendenwerk zeitnah ein Konzept vorlegen. Die Studierendenwerke sollten vom Land und vom Bund ausfinanziert werden, damit sie nicht mehr auf das Anbieten von fleischoffenen Gerichten angewiesen sind und eine nachhaltige Umgestaltung der Hochschulgastronomie nicht dem Geldbeutel der Studis zur Last fällt.

Dem Wegwerfen von guten Lebensmitteln muss ein Ende gesetzt werden. Dazu müssen wir Fairteilersysteme ausbauen, um die Mitnahme von übriggebliebenen Lebensmitteln flächendeckend zu ermöglichen. Neben Food-Sharing Optionen möchten wir auch weitere Second-Hand-Börsen wie Flohmärkte oder Bücherschränke unterstützen und ausbauen.

Inklusion und Behindertenrechte

Etwa 5000 Studierende haben im Wintersemester 16/17 mit Beeinträchtigung studiert. Neben sichtbaren Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen sind ca. 50% dieser Studierenden psychologisch beeinträchtigt. Ob Schwierigkeiten in der sozialen Interaktion oder Emotionsregulation, Konzentrationsprobleme, Zwänge und Ticks – das Spektrum psychischer und neurodiverser Beeinträchtigungen ist sehr groß.

Inklusion braucht Zugang

Herausforderungen im Studienalltag gibt es für uns alle zur Genüge. Deshalb darf der Zugang zu Gebäuden erst recht keine Herausforderung darstellen. Automatische Türen mit funktionsfähigen Tastern sollten in allen Universitätsgebäuden verbaut werden, Rampen sollten die Gebäudeeingänge zugänglich machen. Auch die Teilnahme an Vorlesungen sollte für jeden*jede selbstverständlich möglich sein. Hier können Blindenleitsysteme und ertastbare Raumbeschriftung, die Akustik und Beleuchtung in Hörsälen und Seminarräumen oder Induktionsschleifen für Hörgeschädigte einige Barrieren abbauen.

Barrierefreiheit erstreckt sich jedoch nicht nur auf Neu- und Umbauten, sondern ganz grundlegend auf Informationen, wie Internetauftritte, Studienmaterialien oder Lehrveranstaltungen und den Ausbau digitaler Angebote zum Lernen und Nacharbeiten.

Zugang ist nicht gleich Teilhabe

Ein angenehmeres, störungsfreies Raumklima in Hörsälen allein reicht nicht aus. Ein Großteil der Probleme von Studierenden mit Beeinträchtigung betrifft die Studienorganisation, das Absolvieren von Prüfungen oder den Kontakt zu Kommiliton*innen.

Wir sind gegen jede Form der Anwesenheitspflicht, um dem Mehraufwand an Gesundheitspflege, seien es die tägliche Psychohygiene, Arztterminen oder Klinikaufhalten, nachkommen zu können. Wir möchten die Teilhabe am universitären Leben fördern. O-Wochen wollen wir inklusiv gestalten und Kurse zu Deutscher Gebärdensprache sollen am Sprachenzentrum angeboten werden. Im AStA gibt es diese Kurse bereits seit einigen Semestern.

Psychische Gesundheit– Uni und Politik in die Pflicht

Bereits vor der Corona Pandemie waren Anlaufstellen und Möglichkeiten für Studierende, die unter psychischen Belastungen stehen, beschränkt. Viel zu oft fanden sie sich durch kapitalistische Lebensrealitäten in Situationen wieder, in welchen die Hürden zu einer Therapie zu hoch, in welcher gesellschaftliche Stigmata zu präsent und in welcher Lehrpläne und Nachteilsausgleiche zu unflexibel waren, um ihr Studium fortführen zu können. Da sich insbesondere durch die Pandemie die Situation für viele Studierende verschärft hat, haben wir im AStA ein Konzept zur psychischen Gesundheit erstellt. Die Uni muss sich der

Situation der Studierenden bewusst sein und steht in der Verantwortung, eine niedrigschwellige und allgemeine Anlaufstelle zu schaffen, in der Studierende sich in Präsenz beraten lassen können. Das Studium, Klausuren und Vorlesungen müssen so flexibel gestaltbar sein, dass psychisch erkrankte Studierende nicht auf Grund ihrer Krankheit zum Abbruch ihres Studiums gezwungen werden. Gerade während der Pandemie müssen Fristen entsprechend verlängert oder gar ausgesetzt werden und Freiversuchsregelungen weiterhin gelten.

Nachteilsausgleich fairer gestalten

So vielfältig wie die individuellen Beeinträchtigungen auf den Studienalltag einwirken, so undurchsichtig und unpassend sind leider auch die bestehenden gesetzlichen Regelungen. Der Nachteilsausgleich – Zeitaufschläge oder gesonderte Räume bei Klausuren – sorgt dafür, die entstandenen Nachteile von Studierenden mit Beeinträchtigungen in der Prüfungssituation auszugleichen. Allerdings nur auf Antrag. Betroffene müssen immer wieder selbst aktiv werden und von Semester zu Semester von Prof zu Prof neu verhandeln. Wir brauchen einen verbindlichen und unbürokratischen Weg zum Nachteilsausgleich.

Lehramtsstudium verbessern!

Fast ein Viertel aller Studierenden an der Uni Münster wollen später Lehrerinnen und Lehrer werden. Ganz gleich welche Schulform das Ziel ist, die Interessen der zukünftigen Lehrer*innen werden bis jetzt an der Uni zu wenig beachtet. Obwohl vielfach in den Medien von einem ‚Lehrer*innen-Mangel‘ die Rede ist, werden den Studierenden im Lehramtsstudium mehr Steine in den Weg gelegt, als sie angemessen zu unterstützen.

Mehr Wertschätzung für Lehrer*innen

Eine offene und interaktionale Diskriminierung wird in Erfahrungsberichten wie ‚Lehrämter können fachlich sowieso nichts‘, ‚Du studierst auf Lehramt, für mehr hat’s wohl nicht gereicht‘ oder ‚Sind Lehrämter anwesend? – nein, gut dann können wir ja inhaltlich weitermachen‘ deutlich. Lehrenden und Studierenden mit fachwissenschaftlichem Schwerpunkt fehlt es häufig an Wertschätzung gegenüber dem Lehramtsstudium.

Strukturelle Benachteiligung beenden

Überschneidungen von Pflichtveranstaltungen verschiedener Fachbereiche sind ein großes Problem, das weiter erschwert wird, wenn auch noch Anwesenheitspflichten eingeführt werden. Oft muss die Teilnahme an Veranstaltungen ins nächste Semester geschoben werden. Auch Abschlussprüfungen liegen häufig am selben Zeitpunkt. Die Seminarplatzvergabe ist in den Bildungswissenschaften intransparent und unfair. Bei Fragen im Studium und zur Beratung am Studienbeginn fehlt Studierenden eine zentrale Anlaufstelle. Es herrscht Chaos zwischen den jeweiligen Prüfungsämtern und den bildungswissenschaftlichen Anlaufstellen, dem ZFL, ZFSL, CEMES und der zentralen Studienberatung. Daher setzen wir uns für flexiblere Studienverlaufspläne ein. Module aus späteren Semestern müssen vorgezogen werden können und Prüfungstermine bei Überschneidungen flexibler gestaltet werden. Schon seit Jahren führen wir als Hochschulgruppe einen stetigen Kampf gegen Anwesenheitspflichten an der Uni.

Zentrale Anlaufstelle im AstA schaffen

Wir wollen die Sicht auf das Lehramtsstudium verbessern. Um dies zu erreichen, fordern wir die Gründung eines autonomen AstA-Referats als feste Interessenvertretung der Lehramtsstudierenden. Dieses Referat soll Anlaufstelle für auftretende Diskriminierungen sein und sie mit Vernetzungstreffen stärken.

Im Praxissemester finanziell helfen

Für viele Lehramtsstudierende ist auch das Praxissemester im Masterstudium eine große finanzielle Hürde, weil ein Jobben während dieses halbjährigen Schulpraktikums kaum möglich ist. Finanziell schlechter gestellte Studierende sind benachteiligt – das möchten wir ändern.

Darüber hinaus ist es für Studierende, die einer Corona-Risikogruppe angehören, hoch gefährlich, am Präsenzunterricht teilzunehmen und so das Praxissemester zu leisten. Hier braucht es flexible Lösungen, um Studienzeitverlängerungen zu vermeiden.

Wissenschafts- freiheit verteidigen!

Durch die Verbreitung von ‚Fake News‘ und pseudowissenschaftlichen Theorien wird die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse angegriffen, sei es durch rechtsnationale Strömungen oder durch demokratiefeindliche Regierungen. Eine breite und vertrauenswürdige wissenschaftliche Grundlage ist wichtig für gesellschaftliche Entwicklung und politische Entscheidungsfindungen. Dazu bedarf es an unserer Universität einer freien und kritischen Forschung. Unsere Universität Münster muss sich einer Forschung, Lehre und einem Studium verpflichten, die auf friedliche, zivile und demokratische Zwecke ausgerichtet sind.

Gegen Ökonomisierung, für eine bessere staatliche Finanzierung

Ökonomischem Druck durch Konkurrenzkampf und insbesondere private Drittmittelgeber*innen wirken wir entgegen. Wir möchten die Grundfinanzierung der Uni ausbauen. Erst diese ermöglicht eine unabhängige und vielfältige Forschung abseits der ‚Mainstreamforschung‘. Durch eine strukturelle Änderung des Lehrstuhlprinzips hin zu einem demokratischen System können nicht nur persönliche Abhängigkeitsverhältnisse reduziert, sondern auch die fachliche Breite erhöht, Zusammenarbeit fördern und junge Wissenschaftler*innen ermutigen, eigene Forschungsprojekte umzusetzen.

Freie Forschung und Wissenschaft in Zeiten von Corona

In Zeiten von Corona ist es von großer Bedeutung, dass die Wissenschaft frei forschen und trotz vieler Beschränkungen international zusammenarbeiten kann. Wichtig ist dabei, sich den aufkommenden Verschwörungsmysmen entgegenzustellen und weiterhin wissenschaftsbasiert über das Corona-Virus aufzuklären.

Wissenschaftsfreiheit international verteidigen

Ob in der Türkei oder in Belarus - die internationale Wissenschaftsfreiheit steht weltweit unter Beschuss autoritärer Regierungen. Wir sind solidarisch mit den belarussischen und türkischen Studierenden und Wissenschaftler*innen! Die Bundesregierung und die Europäische Union müssen Druck machen, damit freie und offene Universitäten überall Realität werden.